

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit

Sechsblatt täglich aus dem mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Ausgabe A.: Mit Die Zeit in Wort und Bild vierstellig ab 10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,50 M.
Ausgabe B.: ohne Werbeteile 1,50 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,50 M.

Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,20 M. — Einzel-Nr. 10 M. — Zeitungskredit-Nr. 6888.

Der „Sachsenstag“.

Dresden, den 30. November 1910.

Der gestrige Tag sah im Reichstage das seltene Schauspiel, daß alle Parteien Sachsen wie ein Mann gegen die Schiffahrtsabgaben sprachen. Eine so vollendete Einmütigkeit von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken zeigt uns den Ernst der sächsischen Opposition. Sie fühlt ihr staatsrechtlich verbrieftes und in der Reichsverfassung niedergelegtes Gut der Abgabefreiheit auf der Elbe. Sachsen erhebt sich wie ein Mann, um sich gegen die Verwaltung durch die Mehrheit zu wehren. Das ist eine Einmütigkeit, die gegen die erzwungene im Bundesrat abtungsgesetzte besteht.

„Wer uns das Gut der Schiffahrtsfreiheit nehmen will, der muß uns zeigen, daß er es uns nicht nimmt wie einen Raub, sondern daß er es uns nimmt zu unserem und zu aller Wohl.“ Auf diesen Grundsatz des Geheimen Rates Dr. Bock stützten sich die Redner aus Sachsen. Der konservative Dr. Wagner, der zugleich als Sachwalter der übrigen sächsischen Vertreter der Rechten auftrat, fand recht kräftige Worte für das Nein der Konservativen. Er anerkannte die verschiedenen Zuständigkeiten, welche die wirtschaftlichen Schäden zu mildern suchen, aber trotzdem würde besonders unsere Industrie bedeutenden Schaden erleiden. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Junczki befürchtete zunächst die so hervorgehobene Einmütigkeit im Bundesrat, da sich die kleinen Staaten einfach sagen mühten. Es wäre besser gewesen, wenn man schon eher die Verfassungsänderung als den allein gangbaren Weg anerkannt und den offenen Weg gewählt hätte, statt einer Interpretation des Verfassungssatzes. Die Zustimmung der dissentierenden Staaten kann ganz loyal erreicht worden sein; hoffentlich sind sie auch überzeugt worden. „Ich will meinen lieben Leipziger Mitbürgern gewiß nicht die Erfüllung ihrer alten Sehnsucht, der Verbindung mit dem Meere, mißgönnen, aber ich glaube, es wird sehr viel Wasser die Ströme hinabfließen, ehe der Kanal nach Leipzig gebaut wird. Dann wird es aber wohl auch die dreifachen Schiffahrtsabgaben geben, und dann wird der Wasserweg nach Leipzig immer noch teurer sein als die Eisenbahn. Ich empfehle aber auch unseren preußischen Freunden Vorsicht. Redner verweist auf eine dem Reichstage zugegangene Denkschrift des Breslauer Schiffahrtsvereins, in der auch von den unförmlichen Einrichtungen der Schiffahrt, Strompolizei usw. die Rede ist. Ich glaube, daß auch der Verkehrsminister eine unförmliche Einrichtung ist. (Große Heiterkeit.) Nach einer Aufführung des „Reichsanzeigers“ dürfte die Weser- und Elberegulierung etwa 200 Millionen kosten. Davon handelt die Vorlage in zwei Seiten, bezüglich der Elbe in sechs (!) Zeilen. Wie anders war die Begründung der preußischen Kanalvorlage. Es scheint, als ob eine gewisse Resignation eingetreten ist, vom Reich aus grohe Aktionen zu übernehmen. Das Reich könnte doch die erforderliche Anleihe machen und die Abgaben selbst erheben. Davon ist aber in der Vorlage nicht die Rede. Die Vorlage negiert sogar eine Verpflichtung der Bundesstaaten, Abgaben zu erheben. An deren Stelle sollen zwischenstaatliche Verbände treten; der Reichskanzler hat sie Genossenschaften geheißen — ich möchte hinzufügen: m. b. g., mit bescheidenen Hoffnungen. (Große Heiterkeit.) Könnten die Stromverbände nicht durch das erachtet werden, was man das Deutsche Reich nennt? So weit sind wir schon, daß einzelne Bundesstaaten feierliche Staatsverträge mit einander abschließen! Mit allen Mitteln der Diplomatie kämpfen die auswärtigen Ministerien der Bundesstaaten gegeneinander. Das ist kein erhebendes Schauspiel. Wir wissen noch nichts darüber, wie eigentlich die Abgaben erhoben werden sollen. Es wird überhaupt für die Schiffahrt nicht viel herauskommen. In den ersten vier Jahren netto kaum 65 000 Mark pro Jahr. Vorläufig sind Österreich und die Niederlande noch nicht gewonnen. Aber es geschehen ja jeden Tag Zeichen und Wunder. Daher Vorsicht, denn es ist leicht möglich, daß man die Zustimmung des Auslands erlaufen durch Konzessionen zu ungünstigen deutscher Schiffer. Keinesfalls aber darf etwa der Rhein oder die Elbe einseitig belastet werden, so daß der Verkehr nach der anderen Richtung abwandert. Eine grohe nationale Politik wird mit dieser Vorlage nicht eingeleitet. Großzügig ist weder die Vorlage, noch sind es die Reden des Reichskanzlers und des Eisenbahnministers. Unmöglichstaatsrechtliche Künstelein sind in der Vorlage enthalten, die nicht mehr auf dem Boden des Föderalismus, sondern des Partikularismus stehen.“

Wir bedauern es, daß ein bayrischer Zentrumspolitiker diese gut ausgebauten Reden, die dem Reichskanzler und besonders dem preußischen Eisenbahnminister schwer auf die Nerven gefallen sein wird, lächerlich genannt hat. Wir haben die Wahrung der bayrischen Rechte von Seiten der Bayern stets respektiert und verlangen auch die gleiche Achtung, wenn Sachsen sein Recht verteidigt. Ist man denn im Deutschen Reich bereits so weit, daß der Nachbar wegen eines wirtschaftlichen Vorteils zur Aufgabe eines Rechtes zwingen kann? Die Landesmannschaften waren in der Vertretung ihrer Sonderinteressen sehr rührig. Ob die Regierung nicht rasch abgleicht sein wird, wenn

ihre Taschen leer bleiben, dafür aber der Verkehr verteuert wird? Vor einigen Tagen warnte erst die Wiesbadener Handelskammer vor den Schiffahrtsabgaben, gestern nahmen in einer Denkschrift die Vereinigten Arbeitsausschüsse (Städte, Handelskammern und Wirtschaftlicher Verein) gegen den Entwurf des Gesetzes kritische Stellung, heute liegt folgende Resolution des Handelsvertragsvereins vor:

Die Interessen der deutschen Volkswirtschaft verlangen unbedingt die Aufrechterhaltung der Abgabefreiheit auf den natürlichen Wasserstraßen. Der wirkliche Zweck der dem Reichstage zugegangenen Vorlage ist weniger die Förderung des Ausbaues der Wasserstraßen, als vielmehr die Verteuerung des Verkehrs, um einseitigen agrarischen Wünschen zu entsprechen. Die Sicherung der Verkehrsinteressen durch die Strombeiräte ist unwirksam. Abgesehen davon, daß solche nur für die drei Gemeinschaftsstrome, nicht aber für die anderen Wasserstraßen vorgesehen sind, soll ihnen nicht einmal eine Mitwirkung bei der ersten Festsitzung der Abgaben zustehen, und da ihre Zusammenhang in dem Belieben der Behörden stehen soll, ist ein wirkamer Schutz gegen weitere Erhöhung der Abgaben nicht gegeben. Völlig der Willkür der Verwaltungsbehörden preisgegeben werden sollen über alle nicht gemeinschaftlichen Wasserstraßen, speziell die des Ostens; führen die Verhandlungen mit Österreich und den Niederlanden nicht zum Ziel, so sollen zwar Elbe und Rhein von Verfahrungsabgaben freibleiben, dagegen den ohnehin minder leistungsfähigen Wasserstraßen neue Kosten auferlegt werden. Das aber würde eine schwere Benachteiligung ihrer Verkehrsgebiete sein. Wird aber die Zustimmung von Österreich und den Niederlanden durch politischen Druck erreicht, so kann es nicht ausbleiben, daß unsere wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu diesen für unseren Export so wichtigen Ländern erheblich verschlechtert werden. Zu diesen wirtschaftspolitischen Bedenken kommen solche finanzieller Natur. Es fehlt jede Übersicht über die voraussichtlichen Kosten und die voraussichtlichen Einnahmen, es fehlt jede Berechnung, ob und inwieweit die vorgesehenen Abgaben hinreichen würden, um auch nur die in der Vorlage erwähnten Projekte zu verwirklichen. Unter diesen Umständen wäre die Annahme dieser unfertigen Vorlage ein gewagter Sprung ins Dunkle. Der Handelsvertragsverein richtet daher an den hohen Reichstag die ergebene Bitte, dem Gesetzentwurf seine Zustimmung nicht erteilen zu wollen.“

Handschriften des Königs von Sachsen an den Finanzminister v. Rüger.

Se. Majestät der König hat an Se. Exzellenz den Staatsminister v. Rüger ausdrücklich seines Ausscheidens aus dem Staatsdienste nachstehendes Handschreiben gerichtet:

„Mein lieber Minister v. Rüger! Ihr hohes Alter hat Sie leider genötigt, Mich für Ende des laufenden Monats um Ihre Entlassung zu bitten. So gern Ich Mir und dem Lande Ihre hervorragende Kraft noch lange erhalten hätte, vermag Ich Mich der Berechtigung dieses Wunsches nicht zu entziehen. Indem Ich Ihnen daher die Entlassung aus Ihren Amtern in Gnaden bewillige, ist es Mir ein wahrhaftes Bedürfnis, bewegten Herzens Ihnen für die unschätzbarsten Dienste zu danken, die Sie Mir, Meinen Vorgängern auf dem Throne und dem Vaterlande in aufopfernder Treue geleistet haben. Vor allem wird es Ihnen unvergessen bleiben, daß Sie, wie schon die in Gott ruhenden Könige Albert und Georg besonders zu schätzen wußten, unter schwierigen Verhältnissen das Finanzministerium übernommen haben und bei Führung dieses verantwortungsvollen Amtes haben Sie dann Ihre ganze Kraft für die Gesundung der Staatsfinanzen eingesetzt und durch tatkräftiges Schaffen Erfolge erzielt, die dem Staat und allen Zweigen seiner Verwaltung zum Vorteil gereicht haben. Es ist Mein herzlicher Wunsch, daß es Ihnen beschieden sein möge, in Rücksicht auf eine vorbildlich vollbrachte Lebensarbeit eines langen gelegneten Ruhestandes sich zu erfreuen. Ihr wohlgeheimer König Friedrich August.“

Politische Rundschau.

Dresden, den 30. November 1910.

Der Kaiser begab sich am Dienstag von Oppeln nach Breslau, um dort der Einweihung der neuen Technischen Hochschule beizuwollen. Dort angekommen, bestieg der Kaiser das Rathaus, um eine Ansprache zu halten. Darauf ergriff der Kultusminister das Wort und hielt ebenfalls eine Ansprache. Außerdem sprach noch der Rektor der Hochschule Professor Dr. Schenk. Nachdem die Feierlichkeiten beendet waren, machte der Kaiser einen kurzen Rundgang und nahm den Vorbeimarsch der Ehrenkompanie ab. Nachmittags 4 Uhr reiste der Kaiser nach Wildpark ab.

Unterstaatssekretär Böhmer im Reichskolonialamt mußte sich einer Operation unterziehen; er hat einen Urlaub von sechs Monaten genommen.

Das Personalreferat im Reichskolonialamt hat Geheimrat Dr. Schnee abgegeben, zu seinem Nachfolger ist Geheimrat Dr. Heinde ernannt worden.

Unterste werden die beigekommene Zeitung über deren Namen auf 15 M. Reklame mit 50 M. die Seite berechnet, bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt.

Geschäftsräume, Nebaltion und Geschäftsräume:
Dresden, Pillnitzer Straße 48. — Fernsprecher 1386
Für Rückgabe unverlangt. Schriftstücke keine Verbindlichkeit!
Reklamationen. Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Geheimrat Gotthelf im Reichskolonialamt hat sein Entlassungsgebot eingereicht; er ist der dienstälteste Rat und sieht sich übergegangen, weil er nicht Gouverneur in Südwürttemberg wurde.

Eine Rabinettssitzung des Kaisers gegen den Alkohol. Nach einem Kieler Telegramm lassen sich die dortigen R. R. aus Berlin melden, daß im Anschluß an die Münzwerks-Ansprache des Kaisers eine Rabinettssitzung an die Offiziere der Armee ergangen ist, in welcher der Kaiser die Erwartung ausspricht, daß das Offizierkorps die Mannschaften der Arme im Kampfe gegen die Trinklusten und den Alkoholmissbrauch mit gutem Beispiel unterstützen.

Dem Reichstage ist gestern der Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres zugegangen. Danach wird diese vom 1. April 1911 ab allmählich vermehrt, so daß sie im Laufe des Rechnungsjahrs 1915 die Zahl von 515 321 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten erreicht und in dieser Höhe bis zum 31. März 1916 bestehen bleibt. Darauf sind beteiligt Preußen einschließlich der unter preußischer Militärverwaltung stehenden Kontingente mit 390 026, Bayern mit 57 133, Sachsen mit 38 911, Württemberg mit 20 251 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten erreicht. Die Zahl der Formationen wird so erhöht, daß am Schlusse des Jahres 1915 bestehen 634 Bataillone Infanterie, 510 Schwadronen Kavallerie, 592 Batterien Feldartillerie, 48 Bataillone Fußartillerie, 29 Bataillone Pioniere, 17 Bataillone Verkehrstruppen und 23 Bataillone Train.

Die Neuwahlen. In der Presse ist behauptet worden, daß man in Regierungskreisen die Absicht habe, die Neuwahlen im Reichstage erst im Januar 1912 vorzunehmen zu lassen. Wie die „Tägl. Rundschau“ von gut unterrichteten Bundesstaatsleuten erfährt, hat ein solcher Plan an maßgebender Stelle niemals bestanden. Es ist beabsichtigt, die Neuwahlen in der zweiten Oktoberhälfte und die Stichwahlen im November vorzunehmen. Den Satz für 1912 in vier Wochen erledigen zu lassen, wie in der Presse angeregt worden war, ist vollständig unmöglich, ein solcher Vorschlag ist in Regierungskreisen auch niemals erwogen worden. Wir sind der Ansicht, daß die Neuwahlen noch früher stattfinden werden.

Das Arbeitskammergesetz scheint doch Aussicht auf Annahme zu haben. Die Regierung stellte sich bisher auf den Standpunkt, daß das ganze Gesetz unannehmbar sei, wenn die Sekretäre der Organisationen wählbar seien für die Arbeitskammern. Jetzt scheint sie nach der „Frei-Zeitung“ zu einem Kompromiß geneigt, aber zu einem recht eigenartigen. Sie lädt nämlich durch ihre Offiziellen vorzuschlagen, die Bestimmung solle so gefaßt werden, daß die Arbeiterssekretäre zwar bei den ersten Wahlen zu den Arbeitskammern ausgeschlossen, aber bei allen späteren Wahlen zuzulassen sind, sofern Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeder Kammer damit einverstanden sind. Das ist ein ganz seltsamer Vermittelungsvorschlag, bemerkte das genannte Blatt. Er kommt zwar in der Form dem Wunsche der Linken entgegen, in der Sache selbst aber mache er die Wahl von Arbeiterssekretären so gut wie unmöglich, denn er legt die Entscheidung in die Hände der Arbeitgeber, und da gerade von diesen der Widerstand gegen die Zulassung der Gewerkschaftsführer zu den Arbeitskammern ausgeht, so sei mit Sicherheit zu erwarten, daß die Zulassung nur ganz selten erzielt werden wird. Man kann sich auch noch einen anderen Ausgleich denken. Jedenfalls muß das Gesetz zu stande kommen, ohne daß die Arbeiterssekretäre ausgeschlossen sind.

Die preußische Regierung und der Modernisierungsbund, die die Stellungnahme der preußischen Regierung zu dem vielbesprochenen Eide des Modernisierungsbundes wurde dieser Tage behauptet, daß ein „entscheidender Schritt“ der preußischen Regierung zu erwarten siehe. Nach den Mitteilungen der „Deutschen Tageszeitung“ liegt ein bestimmter Vorschlag in dieser Richtung nicht vor, auch ist nach Auffassung der entscheidenden Stellen einstweilen keine Veranlassung zu einem solchen gegeben. Man sei zunächst im Zweifel, ob der Eid, der übrigens bereit vom Tridentum und zwar als „quotannis“ zu leisten gesordert wird, auch von Lehren an deutschen Hochschulen seitens der Bischoße verlangt werden wird. Der Text des Eides mache einen Unterschied zwischen „Universitas catholica“ und „Universitas civilis“. Für den Staat von Interesse sei lediglich die „Universitas civilis“, und es sei umgewissh, ob der Weißkugel-Hochschulen zu beziehen ist.

„Wird der Eid“, so heißt es weiter, „von deutschen Hochschullehrern verlangt, so ist es deren Sache, wie sie sich zu diesem Ansinnen stellen wollen. Finden sie die Ableistung des Eides mit ihrem Lehreramt verträglich, so wird sie staatlicherseits niemand daran hindern. Für den Staat würde die Angelegenheit aktuelles Interesse erst dann gewinnen, wenn ein Professor den Eid verweigert und wegen einer ihn in der Ausübung seines Lehramtes begangenen Forderung der kirchlichen Behörde bei der Regierung Beschwerde führen sollte. In dieses Falle, der allerdings kaum eintreten dürfte, würde der Staat sich benötigen, den Professor zu schützen. Sonst wird man die Forderung des Eides und seine Ableistung als interne Angelegenheit der katholischen Kirche betrachten und eine aus-

deutliche Stellungnahme dazu vermeiden. Nicht in Abrede zu stellen ist, daß man das *motu proprio* des Papstes, wie jede andere Erhütterung der feinen, lediglich auf einem modus vivendi beruhenden Grenzlinien zwischen kirchlichen und staatlichen Machtansprüchen in Berlin nicht gerade mit freudigen Gefülen zur Kenntnis genommen hat."

Diese Auslassung dürfte im allgemeinen die Auffassung der preußischen Regierung zutreffend wiedergeben. Die Hoffnung der Modernisten auf ein staatliches Eingreifen gegen die innerkirchlichen Angelegenheiten ist dadurch zu neuem Schwinden ins Wasser gefallen. In der Würzburger Diözese hat man bereits mit der Durchführung der päpstlichen Maßnahmen begonnen. Der „Frankf. Zeitg.“ scheint diese vernünftige Haltung gegen den Strich zu gehen. Sie bemerkt in Nr. 327, zweites Morgenblatt, zu der Meldung des „Deutschen Tagesschau“:

„Wie zart und schwierig! Hast könnte man glauben, daß der preußische Staat diese eindringende Frage nach dem ihm sonst fremden Grundlage zu behandeln gedenkt: Religion ist Privatsache!“

Der „Frankf. Zeitg.“ wäre es bei ihren Kulturmärschen offenbar lieber, wenn der preußische Staat die Sturzfeierstiefe anlegen und kulturmärscherisches Gedächtnis gegen die katholische Kirche aufführen würde!

Österreich.

Eine Ehrengabe für den Gründer der „Österreichischen Volkszeitung“. Am Sonntag den 27. November nachmittags fand im Geburtsort des großen, vor drei Jahren verstorbene Volkssoziologen und Presseapostels Ambros Opitz in Schönau, die feierliche Enthüllung einer Gedenktafel statt, die auch fünfjährige Geschlechter an die heldenmütigen Kämpfer der christlichen Volksbewegung erinnern soll. Die Gedenktafel, beiläufig einer Peterhoch, ist aus schmiedischem Eisen gearbeitet und entbält auf der oberen Seite das Porträt des Dahingestorbenen in Bronzehochrelief, während auf dem untersten Teil in zwei prachtvollen Stein die Erinnerungsdaten in Goldbuchstaben angebracht sind. Die Gedenktafel ist auf die Epitaphseite des Hochaltars in der Pfarrkirche in Schönau aufgestellt. An die kirchliche Feier, die auf alle Anwesenden einen tiefen Eindruck machte, schloß sich in dem großen Saale des Schönauer Schülzenhauses ein Festkonzert mit reichem Programm. Die Festrede hielt der derzeitige Gauleiter der katholischen Männervereine Nordböhmens, Tschiedel aus Georgsmalde. Tochte, in denen das vielseitige, unermüdliche und erfolgreiche Wirken Opitzens gefeiert und zur Fortsetzung der von ihm eingeleiteten Aktionen aufgerufen wurde, sprach Dachant Fried aus Hainsbach, Pfarrer Schelbigs aus Niedereinfeld, Realchulprofessor B. Hille aus Warnsdorf, Missionär Grätz aus Philippsthal, Verlagsleiter Gürler und Generalsekretär Röhl aus Wernsdorf. Zahlreich waren die Befürworter und Telegramme, in denen am Erstehen verhinderte Freunde und Verehrer des Verstorbenen die Gefühle ihrer unveränderten Dankbarkeit für die Opfer, die Opitz der christlichen Sache durch drei Jahrzehnte gebracht, sowie ihre Zustimmung zu dieser Ehrengabe des großen Toten Ausdruck gaben. Ehrend für Opitz als Gründer christlicher Zeitschriften war die Tatsache, daß die Gründung der „Neidpost“ als das schwierigste, aber auch wichtigste und verdienstvollste Lebenswerk Opitzens mit Begeisterung gewürdigt wurde. Mögen die „Neidpost“ in Wien, die „Österreichische Volkszeitung“ in Wernsdorf heute eine der stärkst verbreiteten wöchentlich zweimal erscheinenden Blätter ganz Deutschböhmen und alle übrigen, im Geiste des christlich-demokratischen Volksführers Opitz wirkenden Organe noch weiter an Verbreitung und Einfluß zunehmen, dann ist damit, menschlich gesprochen, die beste Gewißheit geboten, daß auch alle übrigen Wege und Ideale Opitzens zum Siege gelangen werden. Den christlichen Vereinen und der Jungmannschaft empfehlen wir, an dem erbaulichen Bilde des Lebens und Werks Opitzens immer wieder neuen Mut, neuen Opferwillen zu holen. Es kann nur nützen, wenn das in dem hübschen Büchlein „Ambros Opitz, ein Streiter für Wahrheit, Freiheit und Recht“ (Verlag A. Opitz, Wernsdorf, einzeln 50 Heller), festgelegte Gesamtbild des opfer- und arbeitsreichen Lebens dieses Führers von möglichst vielen Gefüllungsgenossen öfter zur Hand genommen und besonders auch unserer jüngeren Generation zugänglich gemacht wird.

Neue Pflanzstätten der magnatischen Kultur. Wie uns aus Oden-Best gemeldet wird, will der Unterrichtsminister vier neue Universitäten (in Preßburg, Aszken, Debreczin und Raab), sowie eine technische Hochschule in Temeswar begründen, falls diese Städte die volle Bürgschaft dafür übernehmen, daß die geplanten Hochhäuser mit ihrer Höherität den unbedingten Nationalcharakter erhalten. Vor allem sollen die Stadtverwaltungen von Preßburg, Raab und Temesvar Einrichtungen schaffen, die diesen Städten jede Erinnerung an ihren früheren deutschen Charakter nehmen. Erst dann würden sie die Hochschulen erhalten.

Belgien.

Der belgische Staat reklamiert von Frankreich eine große Anzahl Waggons, die seit einigen Wochen aus Frankreich nicht mehr zurückkommen sind. Alle Vorstellungen waren fruchtlos, weshalb der belgische Staat sich veranlaßt sah, vor einigen Tagen die Klage gegen die Direktion der französischen Nordbahn einzureichen.

Frankreich.

Neben den Gesetzentwurf zur Unterdrückung der Sabotage wird die Regierung am Donnerstag endgültig beschluß fassen. Sabotage und Aufreihung sollen mit einem Monat bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden und entweder vom Justizpolizeigericht oder vom Schwurgericht abgeurteilt werden. Eisenbahnmagistrate, die den Dienst verweigern, sind mit sechs Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnis zu bestrafen. Der Gesetzentwurf sieht die Erteilung lokaler Ausschüsse und eines Zentralausschusses zur Beliegung von Streitgegnern vor. Ferner soll ein Schiedsgerichtshof gebildet werden, der aus Abgeordneten beider Parteien, aus zwei von der Kammer und aus einem vom Senat ernannten Schiedsrichter besteht. Die Entscheidungen dieses Gerichtshofes werden der Bestätigung des Parlaments unterliegen.

England.

Der Minister Asquith erklärte in einem Wahlaufruf, der von dem Liberalen bekämpfte trügerische Reformplan der Lords würde eine vorherrschend konfessionelle Zweite Kammer ergeben, mit einem noch schlimmeren Veto als bisher. Der Wahlaufruf Sir Edward Grey bewegte sich in derselben Richtung und sprach sich außerdem für Homosexualität verschiedener Teile des voreingestellten Königtums auf der Grundlage des kanadischen Systems aus.

Als der Minister Winston Churchill sich am Montagabend im Colchester zu einer Versammlung begab, wurde er auf der Straße mit faulen Fischen und Straßenschauern beworfen. In den Räumen des liberalen Komitees wurden die Fenster eingeschlagen.

Angland.

Der Rat hat den Marineminister Wojsowodski gebeten, die Erziehung des Thronfolgers Alfonso einzuleiten. Wojsowodski genügt als Erzieher einen sehr guten Ruf, weil er lange Jahre Direktor des Marinakadettencorps und der Marineakademie gewesen ist. Da sich das Amt des Erziehers des künftigen Kaisers von Angland mit dem Ministeramt nicht gut vereinigen läßt, so wird versichert, daß Wojsowodski demnächst demissionieren werde.

Türkei.

Der Konflikt zwischen der türkischen Regierung und dem jungtürkischen Komitee. (Aus einem Konstantinopler Brief.) Endlich hat der türkische Ministerrat in seiner Sessiheit den Mut gefunden, sich gegen die Diktatur des jungtürkischen Komitees oder besser gesagt, gegen die sildisch-türkische Nebenregierung des Ghettos zu Solonist aufzuteilen. Dieser Druck war schon längst unerträglich geworden und es bestand eigentlich seit einem Jahre andauernd die Regierungskrise. Keine Woche verging, in welcher nicht das Komitee gegen einen oder mehrere Minister seine Angriffe richtete und neue Ministerkandidaten aufstellte. Eine Zeitlang war die Regierung auf diese Fortsetzung eingegangen und man erwartete allgemein die Auseinandersetzung einiger Minister. Dann aber verlangte das Komitee auch den Rücktritt des Großvoivors, an dessen Stelle ein Komiteemann treten sollte. Das aber war der Regierung doch zuviel. Sämtliche Minister erklärten sich solidarisch und lehnten jede weitere Verhandlung mit dem Komitee über die Neubesetzung einzelner Ministerposten ab. Die Regierung erklärte, sie sei nicht dem Komitee, sondern dem Parlament verantwortlich. Gleichwohl machte die Regierung dem Komitee das Bugeständnis, daß der Komitee-Obermann Halli Bey einzige Sitzungen des Ministerrats besuchen solle, um von den Absichten der Regierung Kenntnis zu nehmen. Das geschah auch einige Male. Da jedoch Halli Bey in den Sitzungen namens des Komitees Anträge stellte und deren sofortige Erledigung verlangte, so wurde er nicht weiter zu den Sitzungen eingeladen. Darauf forderte das Komitee die genaue Mitteilung aller Beschlüsse des Ministerrats, und da dies die Regierung ablehnte, so kündigte das Komitee seine Opposition gegen das dem Parlament vorgelagerte Regierungsexpōsot an. Man darf nun mit einiger Spannung der weiteren Entwicklung dieses Konflikts entgegensehen.

Judentum.

Gerüchte von Unterhandlungen wegen der Abtretung der kleinen französischen Kolonie Chandernagor zwischen der englischen und französischen Regierung treten verstärkt auf. Für Judentum wäre die Abtretung dieses Gebietes insbesondere von besonderer Wichtigkeit, als Chandernagor jetzt offenbarlich den Zufluchtsort für alle indischen Revolutionäre bildet, die dort vor der indischen Polizei sicher gestellt sind.

50. Gesamtkündigung des Landeskulturrates für das Königreich Sachsen.

Dresden, den 20. November 1910.

Der Landeskulturrat setzte heute seine Beratungen fort. Zunächst referierte Herr Rittergutsbesitzer Dr. Becker-Röttgerich über die Verlängerung der Abschreibungen auf Gebäude- und Betriebskapital bei Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens aus dem Betriebe der Landwirtschaft. Der zweite Sonderausschuß hatte hierzu folgende Anträge gestellt: Der Landeskulturrat sollte befürworten, die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, 1. bald einen Gesetzentwurf, betreffend die Verlängerung des Einkommensteuergesetzes in der Richtung ausarbeiten zu lassen, daß den Landwirten, die eine nach kaufmännischen Grundsätzen eingerichtete Buchführung nachweislich besitzen, bei Berechnung ihres steuerpflichtigen Einkommens bezüglich der Abschreibungen auf Gebäude- und Betriebskapital dasselbe Recht eingeräumt werde, das nach § 21 des Einkommensteuergesetzes den Handels- und Gewerbetreibenden zusteht; 2. das Gesetz so zu fassen, daß eine sich bei der Inventur ergebende Wertsteigerung des Grundes und Bodens, nur insofern sie aus dem Betriebe selbst herrißt, dem Gewinne hinzuzurechnen ist; 3. diesen Gesetzentwurf den Ständen in der nächsten Session vorzulegen, vorher aber den Landeskulturrat darüber hören zu wollen.

Zu der Debatte kennzeichnete Herr Ministerialdirektor Geheimer Rat Dr. Schröder den Standpunkt der Staatsregierung, der bereits früher von Herrn Finanzminister Dr. v. Müller dargelegt worden sei. Es werde wohl kaum möglich sein, bereits dem nächsten Landtag eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes vorzuschlagen, doch werde die Regierung die Wünsche der Antragsteller im Auge behalten und denselben zu gegebener Zeit nähertragen.

Neben den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung referierte namens des dritten Sonderausschusses Herr Gutbeschleger Stühne-St. Michaelis. Der Sonderausschuß empfahl, sich den 24 Leitsätzen der landwirtschaftlichen Versicherungsgenossenschaft anzuschließen, die in folgenden Hauptforderungen gipfeln: 1. Von der Einrichtung der Versicherungssämter ist unbedingt Abstand zu nehmen. Wenn deren Beseitigung nicht zu erlangen ist, muß 2. erstrebt werden, die rechtssprechende Tätigkeit der Versicherungssämter zu befeitigen und ihre Tätigkeit in Unfallversicherungsfällen auf diejenigen Obliegenheiten zu beschränken, mit welchen jetzt die Ortspolizeibehörden betraut sind, sowie sie zur Aus-

führungserteilung in solchen Angelegenheiten zu ermächtigen; 3. der Landesgesetzgebung, analog den Bestimmungen des § 1027, die Befugnis eingeräumt werden, die Krankenversicherung auf die Unternehmer und deren Familienangehörige zu erstrecken und alle Bestimmungen, die eine Befreiung von der Krankenversicherung zulassen, zu beseitigen. Hieran schließen sich 21 weitere Leitsätze von geringerer Interesse. Die Leitsätze wurden nach längerer Debatte ohne Abänderung angenommen.

Über den Erlass eines Reichsmilchgesetzes referierte Herr Geheimer Hofrat Oppy. Hierzu empfahl der zweite Sonderausschuß der Landeskulturrat wolle beschließen, a) die Königliche Staatsregierung zu erfordern, beim Bundesrat auf den Erlass eines Reichsmilchgesetzes hinzuwirken, b) den deutschen Landwirtschaftsrat zum Vorgehen in der gleichen Richtung aufzufordern.

In der Debatte beschrieb Herr Geheimer Oberökonomrat Schubert-Euba das kürzlich neu eingeführte Milchregulativ der Stadt Chemnitz, nach dem einem dortigen Landwirt ein Strafmandat über vorschriftswidrige Milchviehhaltung zugestellt worden sei. Auch sei ihm gesagt worden, daß er eine andere Rasse von Kühen halten müsse, um den notwendigen Fettgehalt zu erzielen. Im Interesse der städtischen Milchversorgung sei es notwendig, nicht so starke Milchregulative festzulegen, sonst müsse dem Landwirt die Lust zur Produktion vergehen. Das Chemnitzer Milchregulativ werde allerdings sehr milde geahabt. Nach einer weiteren kurzen Debatte wurde der Antrag des zweiten Sonderausschusses angenommen.

Bezüglich der Einrichtung eines Kurses für Güterbeamte und praktische Landwirte an der landwirtschaftlichen Kreisschule zu Wurzen sprach sich der Landeskulturrat dahin aus, daß die Einrichtung eines solchen Kurses durchführbar erscheine. Weiter wurde noch beschlossen, versuchsweise Lehrgänge mit 14-tägiger Dauer zur Ausbildung von Stallschweizerzügen einzurichten.

Schließlich wurde noch beschlossen, in den ersten Monaten des Jahres 1912 einen Vortragsschluß für praktische Landwirte zunächst in Dresden zu veranstalten und 500 Mark als Berechnungsgeld hierfür zu verwenden. Die Pensionsklassenbeiträge auch für Lehrer an nicht von landwirtschaftlichen Kreisvereinen errichteten, jedoch von diesen mitverwalteten landwirtschaftlichen Schulen sollen vom Jahre 1911 an auf die Kosten des Landeskulturrates übernommen werden. Weiter folgte noch die Genehmigung der Vorschläge des Landeskulturrates und des Ausschusses für Gartenbau für 1911, sowie mehrere Erneuerungswahlen, worauf die Sitzung mit den üblichen Dankesworten geschlossen wurde.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 20. November 1910.

* Se. Majestät der König wird heute abends 8 Uhr 31 Minuten von Tarvis abreisen und über Salzburg-Münden morgen nachmittag 4 Uhr 50 Minuten in Dresden eintreffen.

* Eine beschleunigte Wiederauflage hat das Ministerium im Königreich Sachsen am 1. Dezember angeordnet, um schnellere Unterlagen für die Beurteilung der Vieh- und Fleischergenzung im Lande zu erlangen.

* Wieder eine Absage an den Hansabund. Von einem größeren industriellen Werk der Maschinenbranche hat der Hansabund folgenden, vom 15. d. R. datierten Brief erhalten:

„Zum zweiten Male erhalten wir von Ihnen Ihr Kundschreiben vom Oktober d. J. mit einem illustrierten Vergleich, der aber in so gehässige Form gefasst ist, daß wir ebenso aus diesem Grunde den Beitritt zum Hansabund ablehnen müssen, zum andern aber auch deshalb, weil der Hansabund nicht, wie er es tun möchte und wie er es unseres Wissens zuerst auch versprochen hatte, über den Parteien steht. Sollten wir uns irren, dann wäre es uns lieb, wenn Sie uns von dem Gegenteil überzeugen könnten. Allerdings müssen wir bekannen, daß, wenn der „Hansabund“ weiter in so gehässiger Weise handelt, unser Beitritt wohl für alle Seiten ausgeschlossen ist.“

Eine Antwort auf diesen Brief hatte das Werk bis zum 22. November nicht erhalten.

* Wetterprognose der Königl. Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden für den 1. Dezember: Vorderlicher Auftrieb beginnt, mehr jedoch Ostwind, wechselnde Bewölkung, etwas Wärme. Abendsturm nicht ausgeschlossen.

Vericht vom Böhlbecker: Marie Schneiders, letzter, außer Weg in Nanberg, gänzender Sonnenuntergang, Ölmalerei färbung gelb.

Vericht vom Rütelberger: Verg. nobis sel. Nebel in den ältern, gute Schlittenhunde b.s. in die Tiere sind, schwach anhaltender Nebel, grauende Sonnenausgang, Morgentau.

* Von der königlichen Regierung sind bei der Leitung der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911 die Pläne für die Ausstellungsbauten der königlichen Abteilung eingetroffen. Es wird eine große Halle errichtet werden, daneben aber noch als Prunkstück königliche Architektur eine gewaltige Pagode.

* Die Mitglieder des Landesausschusses für Arbeiterfürsorge besichtigten am vorigen Freitag die in Dresden und Umgegend befindenden Arbeitseranstalten.

* Das Submissionsamt im Königreich Sachsen hat dem Rate zu Dresden die Errichtung einer Nebenstelle in Dresden für den Bezirk der Kreishauptmannschaft Dresden angezeigt und darum gebeten, den Vertretern des Submissionsamtes Zutritt zu den Submissionsterminen zu gestatten. Der Rat hat beschlossen, dieser Bitte nachzukommen.

* Zum städtischen Oberbaukommissar wählte der Rat in seiner letzten Sitzung den Bauamtmann Dr. Ing. Mackowski in Leipzig.

* Am Denkmal der Karoline Reubert in Laubegast findet heute abend 6 Uhr aus Anlaß des 150. Todestages der Künstlerin eine Gedenksfeier statt, zu der sich die Gemeinden Laubegast und Leuben vereint haben.

* Erste Geldlotterie zum Besten der Königin-Carola-Gedächtnis-Stiftung. Dieziehung der Lotterie findet am 15. und 16. Dezember unter behördlicher Aufsicht

in Dresden statt und zwar im Vortragssaale (Simmer 154) des neuen Rathauses, Auguststraße 19, eine Treppe. Gezogen wird vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 6 Uhr. Zum Wiederverkauf sind Lose nicht mehr zu haben. Dagegen sind einzelne Lose und Zehner-Serien noch bei fast allen Verkaufsstellen erhältlich, sowie beim Invalidenbank zu Dresden.

* **Stadtverordnetenstiftung.** Der Deutsche Städtetag hat unter dem 24. Oktober eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der um Ergrößerung von Maßnahmen zur Belebung der Fleischnot und zur Erleichterung der Fleischversorgung der Städte gebeten wird. Der Rat zu Dresden hat in seiner letzten Sitzung hieron Kenntnis genommen. — Weiter hatten die Stadtverordneten an den Rat zu Dresden das Schreiben gerichtet, eine Darstellung über die Einwirkung der neuen Schlachthofgebühren auf die Fleischpreise zu geben. Das Wohlfahrtspolizialamt hat daraufhin eine Darstellung in tabellarischer Form aufgestellt. Der Rat hat in seiner letzten Sitzung hieron Kenntnis genommen und beschlossen, dem Stadtverordnetenkollegium die Tabellen mitzuteilen. Aus denselben ergibt sich, daß die Vieh- und Schlachthofgebühren für Kinder gegen früher um 0,78 Pfennig auf das Pfund berechnet gesunken, daß sie aber für Kalber um 0,60 Pf., für Schafe um 1,16 Pf., für Schweine um 0,57 Pf., für Pferde um 0,70 Pf. und für Hunde um 0,50 Pf. auf das Pfund berechnet gestiegen sind. Hierauf stellt sich die Erhöhung der Fleischpreise durch die Schlachthofgebühren im neuen städtischen Vieh- und Schlachthof auf durchschnittlich $\frac{1}{4}$ Pfennig pro Pfund mit Ausnahme des Kindfleisches.

* Die dritte Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatte am Dienstag wieder über einen neuen Buchmachersprozeß zu verhandeln. Das Urteil lautete gegen den kaufmännischen Agenten Oskar Laufer auf zwei Monate Gefängnis, 500 M. Geldstrafe oder weitere 50 Tage Gefängnis sowie gegen den Kellner Karl Paul Poppig auf 3 Wochen Gefängnis, 300 Mark Geldstrafe oder weitere 30 Tage Gefängnis. Beide waren angeklagt, seit Oktober 1909 auf eigene Rechnung und Gefahr Wetten auf Pferde, die im In- und Auslande liefen, abgeschlossen und auch geschäftsmäßig Wetten vermittelten zu haben.

* Auf den Rodelbahnen in Vorstadt Plauen verunglückten am Sonntag nicht weniger als sechs Personen. Sie trugen Knochenbrüche und sonstige Verletzungen davon.

* Unserer heutigen Gesamtausgabe liegt ein Prospekt der Firma Messow & Waldschmidt, Dresden bei, auf dem wir unsere geehrten Leser besonders aufmerksam machen.

Bautzen, 29. Nov. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl haben von 2658 Bürgern 1955 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Für 11 zu wählende Stadtverordnete (3 Anfängige und 9 Unanfängige) waren über 50 Kandidaten in Vorschlag gebracht. Die Beschränkung war demnach sehr groß und das Auszählen der Stimmen nahm die Zeit von nachm. 5 Uhr bis nachts $\frac{1}{2}$ 11 Uhr in Anspruch. Gestellt haben die Kandidaten der bürgerlichen Parteien; die Sozialdemokraten erreichten eine Stimmenhöchstzahl von 465, während die niedrigste Stimmenzahl der gewählten 637 betrug. Wieder gewählt wurden 2 und neu gewählt 9 Bürger als Stadtverordnete.

Brunnendorf i. B., 28. November. Ein Schadenfeuer entstand in der Schamottefabrik von Geschka, dem der größte Teil der Fabrik samt allen Einrichtungen zum Opfer fiel. Der Schaden beträgt über 40 000 Kronen.

Kalkumheide, 29. November. Auf der Landstraße wurde der Befehlshaber Glenert aus Sebastianberg sichtbar zugetötet im Schnee liegend aufgefunden. Er hatte am Körper und am Kopf eine Anzahl Stichwunden, die dem Bedauernswerten von mehreren jungen Leuten beigebracht werden sein sollen. Die behördlichen Ermittlungen sind im Gange.

Leypzig. Im städtischen Vieh- und Schlachthof ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Der Ausbruch der Seuche wurde am Montagmorgen vor Beginn des Marktes bei den Schweinen konstatiert. Gemäß der gesetzlichen Vorschriften ist daraufhin angeordnet worden, daß alles aufgetriebene Vieh, das heißt, alles Vieh, was seit Montagmorgen im Vieh- und Schlachthof eingestellt ist, bis Mittwoch nachmittag um 4 Uhr abgeschlachtet werden muß.

Pirna, 30. November. Gestern nachmittag wurde mittels Siedkorbes ein 17 Jahre alter Kettner, der sich durch leidenschaftliches Zigarettentauuchen eine schwere Nitroinjektion zugezogen hatte, dem Krankenhaus zugestellt.

Pirna, 28. November. Dem Schulknaben Alfred Paul Beygold ist für die Errettung eines siebenjährigen Mädchens vom Tode des Ertrinkens von der Kreishauptmannschaft Bautzen eine Geldbelohnung von 15 Mark gewährt worden.

Meseritz, 29. November. Sr. Majestät der König wird sich am 5. d. M. in Begleitung Sr. Egz. des Kriegsministers Freiherrn v. Haussens im Automobil von Großenhain nach Briesa begeben, um dort der Bereitigung der Rekruten beizuwohnen.

Rosswin, 30. November. Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen wurden fünf bürgerliche und ein sozialdemokratischer Kandidat gewählt. Die Sozialdemokraten haben somit in Zukunft drei Sitze im Kollegium inne.

Schandau, 29. November. Die Prämie der letzten Völkerfestschiffchenlotterie ist in die hiesige Pflege gefallen. Der glückliche Gewinner der 75 000 M. ist ein Gutsbesitzer.

Bautzen, 30. November. In dem Gebäude des Gemeindevorstandes und Gutsbesitzers Augustin in Oberhersdorf ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Bautzen, 30. November. Ein Gefuch der Heilsarmee, ihre Gottesdienstordnung kostetfrei in den Bautzener Nachrichten aufzunehmen, ist vom Stadtrat abgelehnt worden.

Bitterfeld, 29. November. Bei dem Bau der Drahtseilbahn nach der Grube „Theodor“ stürzte der Schlosser Gustav Künze von einem Balkenbau herab. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er sofort starb. Der Verunglückte stand im 22. Lebensjahr.

Erfurt, 28. November. Der städtische Schlachthof ist wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche unter den Schweinen geschlossen worden.

Gutsbergen, 28. November. Im benachbarten Rosca wurde der Bergmann Lange im Stalischacht von einem

gentnerschweren Eisenblod, der sich beim Emporziehen vom Seile losgelöst hatte, erschlagen. Dem Unglückschen, der eine Frau und vier Kinder hinterläßt, wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt.

Falkenau, 28. November. Als die Frau Kreller von hier bei einem Kaufmann Einkäufe machte, ließ sie den Schlitten mit ihren drei Kindern vor dem Laden stehen. Während dieser Zeit gingen die Werde eines Schlittens aus Schönerstadt durch, wobei der 5-jährige Sohn der Frau Kreller niedergeschlagen und so schwer verletzt wurde, daß er wenigen Minuten starb.

Trautenau, 28. November. In der Bleicherei von W. Fred Duncan in Oberalstadt stürzte der Bleicharbeiter Altmann in einen 2 Meter tiefen Kessel mit einer Kochenden Sodalösung. Er starb nach wenigen Minuten.

Pardubitz, 29. November. Auf der Straße von Herrmann-Westec fuhr das Automobil des Prager Rechtsanwalts Rudolf M. an eine Telegraphensäule an und stürzte in den Stromgraben, wobei der Chauffeur tödlich, der Rechtsanwalt und dessen Bruder schwer verletzt wurden.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten.

S Dresden. (Diözesanverband der kathol. Junglingsvereine Sachsen.) Eine Konferenz der Junglingsvereinspräsidenten Sachsen findet am Montag den 5. Dezember nachm. 5 Uhr im Gesellenhaus zu Dresden, Käufersstraße, statt. Die Referate sind: 1. Die Bedeutung der Jugendorganisation (Herr Pfarrer Rudolph), 2. Die Lekturen unserer Junglinge (Herr Kaplan Bisch), 3. Bericht über die Generalversammlung in Münster. Zur Beratung kommt ferner der Ausschuß unseres Diözesanverbandes an den Generalverband der Präsidien der kath. Jugendvereine Deutschlands. Zu dieser Konferenz werden hierdurch die Herren Präsidium eingeladen. Auch andere Herren, die sich für die Jugendvereinsarbeit interessieren, sind herzlich willkommen. Hain, Diöz.-Präses.

S Dresden-Strehlen. Der Katholische Verein feierte am Donnerstag den 24. November das zweite Stiftungsfest im großen Saale des Gasthauses zur Krone. Es war erfreulich, daß über 200 Personen erschienen waren, darunter auch eine Deputation des Katholischen Bürgervereins zu Dresden; ein Beweis, daß die großen Sympathien, die sich der Verein unter seinem rührigen und tüchtigen Vorstand in so kurzer Zeit zu eringen wußte. Nachdem ein Quartett unter der Leitung des Herrn E. Schöne aus Weißig zwei Musikkästen in trefflicher Weise zum Vortrag gebracht hatte, richtete der Vorsitzende, Herr Lehrer Kämmer, einige herzliche Segenswünsche an die erschienenen Gäste und Mitglieder. Sodann brachte die Sängerinnenabteilung des Vereins zwei Frauenchöre in guter Weise zum Vortrag. Der schöne, lebhafte Bariton des Herrn Konzertängers Lehrer Scherer erzielte mit seinen Liedern stürmischen und wohlverdienten Beifall, der sich bei seinem zweiten Auftreten wiederholte. Das Flöten solo des Herrn Kapellmeisters Schöne zeigte dessen Vollendung auf diesem Instrument. Zwei reizende Lieder für Alt sang sodann mit wohlklingender Stimme und gutem Vortrag die Konzertänglerin Fräulein Helene Laganowsky. Übermals sang die Sängerinnenabteilung unter Beifall zweier Lieder. Den zweiten Teil des Abends bildeten die komische Duozene „Müllers Hans und Bäckers Else“, vorgetragen von Herrn Seifert und Fräulein Sarah, die Soloszene „Kermit Pamper erster Liebesbrief“ (Herr Seifert) und die humoristische Duozene „Die neue junge Frau“. Bei dieser bewährten sich die Herren Scherer und Seifert, sowie Fräulein Sarah als tüchtige Kräfte. Die Klavierbegleitung zu den Vorträgen führte Herr Oberpostassistent Rudolf Elsner in sehr guter Weise aus. Ein flotter Ball bildete den Abschluß des Festes.

Neues vom Tage.

Berlin, 28. November. Der bekannte „Nobelshof“ bei Mariendorf ist am Montag nachmittag einer verheerenden Feuersbrunst zum Opfer gefallen. Die Benzinsagergesellschaft m. b. H. hat dort große Mengen von Benzinkästen, die durch eine Explosion in Brand geraten sind. Die Feuerwehren von Mariendorf, Wohlhausen und Krummelsburg waren zur Stelle, konnten aber nichts ausrichten. Die ganze Anlage ist bis auf die Umschlagsmäuer niedergebrannt. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark.

Steinschönau, 29. November. Großes Aufsehen erregt in der hiesigen Gegend die Verhaftung des Gesellschaftern der Glasmachinenfirma Heinrich u. Co. Joseph Horak und dessen Vaters. Sie sind des Betrugs und des Falschheides beschuldigt.

St. Sebastian, 29. November. Der Zug, der von Madrid nach Frankreich fuhrt, ist unweit von Villa Franca infolge eines Erdbebens entgleist. Verletzt wurde niemand.

Stanislawo wosnessenskaja (Rusland), 29. November. Etwa 100 Häuser sind niedergebrannt. 700 Menschen sind obdachlos.

Tula, 29. November. Das hiesige Bezirksgericht bestätigte das von Tolstoi eigenhändig am 5. Juli 1910 in Jossizja Poljana geschriebene Testament. Tolstoi vermacht darin alles, was er bis 1881 und auch später geschrieben, sowie alle Handschriften seiner Tochter Alexandra.

Straschan, 29. November. Der Dampfer „Imperiala Alexandra“ ist nach dreitägigem Kampf mit dem auf dem kalpischen Meer herrschenden Sturm heute in Petrovsk eingetroffen. Es ist ihm gelungen, 16 Schiffbrüchige zu retten. Es sind 16 Männer gesunken. 200 personen und mehr als 100 russische Hafenarbeiter sind während des Sturmes auf die See hinausgetrieben worden und ertrunken.

Telegramme.

Paris, 30. November. Die von der Regierung ausgearbeiteten Gesetzentwürfe zur Sicherung der öffentlichen Betriebe werden in der Presse sehr verschieden beurteilt. Die ministerielle „Aktion“ meint, diese Gesetze seien die menschlichsten, großherzigsten und sozialisten, die jemals von einer republikanischen Regierung erachtet worden seien. Durch sie werde das Schiedsgericht, die Versöhnung und

Ordnung in den Arbeitskoden eingeführt. Die gleichfalls ministerielle „Aurore“ schreibt: Der in dem Gesetzentwurf vorgebrachte Schiedsgerichtsausschuss sei eine bemerkenswerte Neuerung, die bei allen Beteiligten eine gute Aufnahme finden werde.

Paris, 30. November. Der Prozeß gegen den früheren Liquidator Duez, der unter der Anklage betrügerischer Machenschaften bei der Liquidation von Kongregationsgläubigern steht, ist an das Schwurgericht verwiesen worden. Die Anklage lautet auf Urkundenfälschung, Verwendung gefälschter öffentlicher Urkunden und Unterschlagung. Gleichzeitig ist der Prozeß gegen seinen Sekretär Gautier und gegen zwei weitere Mitschuldige Namens Lefevre und Breton an das Schwurgericht verwiesen worden.

Paris, 30. November. Gestern nachmittag erschien im Redaktionsbüro der „Autorité“ mehrere Anarchisten und übergaben dem Redaktionssekretär ein Schriftstück, wonach sie dem Vater des Staates wegen eines Artikels über den Wahlspruch der Geschworenen von Rouen eine drohende Verwarnung ertheilten. Sie entfernen sich hiermit, feuerten jedoch im Treppenhaus blinde Schüsse ab.

Sofia, 29. November. Der Inspector der bulgarischen Schule in Köpisch soll, wie Nachrichten aus bulgarischer Quelle erfahren, auf offener Straße ermordet worden sein.

Shanghai, 29. November. Eine große Hungersnot, von der 3 Millionen Menschen betroffen sein sollen, wird aus dem nördlichen Teile der Provinz Anhui gemeldet.

New York, 29. November. Nach einer aus China eingetroffenen Nachricht hat gestern vor den Toren der Stadt ein dreiständiges Schamtschel stattgefunden, wobei die Aufständischen sieben und die Regierungstruppen einen Mann verloren.

Anristischer Blätter.

Zu höhre! Aber juristische Anträge werden nicht angenommen, um diese Stelle einzunehmen. Nur bitten wir, den Antrag 10 M. im Einzelnen zur Erfüllung des Postauszugs beizulegen. — Gilt für Ausländer ohne die Berechtigung.

S. J. in E. Der Richter ist vertrieben, nach Ablauf der Meiszeit die Wohnung in einem ordnungsmäßigen Zustand abzuliefern. Alle die hildigen Eindrücke, insoweit sie etwa nicht durch einen vertretungsmäßigen Gebrauch der Wohnung verursacht wurden, hat der Richter S. J. nicht zu leisten.

Kaffeeholz.

Vorläufig unterschreibt der Gesammtbeirat bei Kaffeeholz Bonbon.

Gerling & Rockstroh

Niederlagen in allen
Stadtteilen.

Abreiß-Kalender

Besonders empfehlenswert: Katholischer Abreißkalender mit farbigen Heiligengräbern auf den Rückseiten der Tagesblätter und anderen Blöcken mit Abschluß aus der Nachfolge Christi, sowie 24 Stück Miniaturbildern in ff. Goldrand. Preis 1 Mark. Blatt & 50 Pf. kann extra nachbezogen werden.

Heinrich Trümper,

Hof- und I. W. Hof-dekoration-Witwe Carolin. Sachsen Dresden-A. Sporergasse Ecke Schlossgasse in altem nächtlicher Hause der luth. Hoffkirche. — Tel. 1866.

Solide Herrenuhren

in Metall, Stahl, Silber und Gold von 5.00—350 M. 167

Solide Damenuhren

in Silber, Stahl, Email und Gold von 8.50—100 M.

Für jede Uhr schrift. Garantie.

Herrenketten von 0.40—100 M.

Damenketten 2.50—180.

Armbänder, Gold, Silber, goldplattierte, v. 2.00—100.

Broschen, herliche Muster von 1.00—40.

Ohrringe, Ohrschrauben v. 1.50—40.

Krawattennadeln 1.00—30.

Manschettenknöpfe 1.00—40.

Moderne Medaillons und Anhänger 1.00—50.

Massiv gold. Ringe 2.00—200.

Moderne Colliers in allen Preislagen.

Massiv goldene Trauringe

(mit gleichzeitigem Stempel) à Paar 8—35 M.

Hugo Künzel

Dresden „Alt“

Wettinerstraße 5, nahe Postplatz

Das Kinderheim des Vincentiusvereins in Dresden sucht für einige Knaben, welche Oberschule und Institut verlassen.

Lehrmeister

mit Rost und Wohnung. Offerten erbittet Sr. Schmidt, Dresden, Striezelstraße 12.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 29. November. 1 Uhr 20 Minuten.

Gingegangen ist die Militärvorlage.

Die erste Lesung des Wasserstraßengegesetzes (Schiffahrtsabgaben) wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Behnert (Str.): Wir sind als Badener nicht grundsätzliche Gegner der Schiffahrtsabgaben, denn wir haben die angrenzenden Gemeinden bei der Rheinkorrektion zu den Kosten herangezogen. Wenn nun das Reich ebenso die Interessenten heranzieht, so lädt sich hiergegen nichts Prinzipielles einwenden. Der frühere Entwurf über die Abgaben von 1909 aber mußte wesentliche Bedenken hervorrufen; der neue befeistigt sie erheblich. Vielleicht hätte es schon genügt, wenn man nur den Artikel 54 völlig klargestellt hätte; dann hätte jedes Land für sich die Sache regeln können. Wir Badener liegen am Oberrhein und haben daher infolge der weiten Entfernung die höchste Belastung zu tragen. Die Kanalisation des Neckars bringt für Mannheim nicht den erhofften Vorteil. Andere wünschen nicht die Vertiefung des Rheins zwischen St. Goar und Mannheim; selbst Schiffer sind lebhafte Gegner hier von. Die Einteilung der Güter in Tarifklassen muß gesetzlich festgelegt werden.

Abg. Dr. Wagner-Sachsen (Kons.): Ich erkläre mich im Namen der sächsischen Abgeordneten der konservativen Partei, der Reichspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Reformpartei gegen die Schiffahrtsabgaben. Es ist anzuerkennen, daß es der Haltung der sächsischen Regierung mit zu danken ist, daß der vorliegende Gesetzentwurf eine Gestaltung gewonnen hat, die den Bedenken Rechnung trägt, die vom verfassungsrechtlichen Standpunkte aus gegen die frühere Planung erhoben werden mußten, und daß er in einigen Punkten die Schäden zu mildern sucht, die die sächsische Volkswirtschaft durch die Aufhebung der Abgabenfreiheit auf der Elbe, der Hauptlebensader Sachsen, erleidet wird. Trotzdem müssen wir betonen, daß die Einführung solcher Abgaben auf der Elbe auch mit den erlangten Zugeständnissen für Sachsen, namentlich für unsere bedeutende Industrie gegenüber dem bisherigen Zustande einen erheblichen Schaden bedeutet. Wir werden hiernach gegen die Vorlage stimmen. Alle politischen Parteien Sachsen sind einig in der Ablehnung. In beiden Kammern des sächsischen Landtages erhob sich nicht eine Stimme dafür.

Alle Berufsstände, Industrie und Landwirtschaft, marodieren Arm in Arm. Staatsminister v. Breitenbach hat gestern erklärt, die aus dem Ertrag der Abgaben herzustellenden Verbesserungen der Fahrtrinne minderten die Beförderungskosten. Dadurch werde ein Ausgleich geschaffen, indem die Minderung dieser Kosten sogar höher sein werde, wie die Belastung durch die Schiffahrtsabgaben. Der Einwand geht fehl. Er würde nur dann zutreffen, wenn die Abgaben nur für künftige Stromverbesserungen, nicht auch für die laufende Stromunterhaltung erhoben würden, und wenn außerdem die Erhebung erst dann beginnen würde, wenn und soweit die Stromverbesserungen, von denen die Erhöhung der Beförderungskosten erwartet wird, schon vollendet wären. Dem steht der Paragraph 3 unter a ent-

gegen. Das ist der bedenklichste Punkt. Wenn man nun einmal Schiffahrtsabgaben absolut einführen will, dann mag man wenigstens diese Bestimmung befeisten. Bei der jetzigen Vorlage ist damit zu rechnen, daß die Einführung der Befahrungsabgaben auch eine Erhöhung der Schiffsschäften nach sich ziehen wird. Das muß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse in Sachsen beeinträchtigen. Es besteht die Gefahr, daß der Betriebbereich unserer sächsischen Elbefahrt verringert, die Verkehrsverhältnisse der verschiedenen Umschlagsplätze auf der Elbe zum Nachteil der von Hamburg entfernten Plätze, also zum Nachteil der sächsischen, verschoben werden. Das würde ein Rückgang auch der Einnahmen der von unseren Umschlagsplätzen ausgehenden sächsischen Staatsbahnen bedeuten. Die niedrigen Zahlen, die Herr v. Breitenbach gestern aufführte, waren sehr überraschend, aber es waren nur Zahlen für eine Tonne. In Sachsen kann die Bilanz eines größeren Industriunternehmens durch die Abgaben jährlich allein um 30 000 Mark belastet werden. Auch kann die Abgabe für einen Elbtahn auf einer Fahrt bis Hamburg insgesamt 800 Mark betragen. Solche Beträge können weder die Schiffer, noch die Verarbeiter auf sich nehmen. Sie werden dann höhere Warenpreise nach sich ziehen. Auf die jetzt so billige Befahrtsstraße der Elbe für Erze, Roheisen, Holz, Düngemittel, Spülstoffe, Petroleum haben sich unsere Industrien, aber auch unsere landwirtschaftlichen Betriebe in Sachsen eingerichtet. Mit der Vertiefung dieser Rohstoffe durch die höhere Fracht werden diese Betriebe in ihrem Weltbewerbe beeinträchtigt. Allein nach Freiberg werden jährlich für rund 10 Millionen Mark ausländische Erze über Hamburg, Riesa gebracht und in den staatlichen Werken verhüttet. Diese Hüttenbetriebe werden die geplanten Abgaben allerdings nachteilig empfinden. Die Abgaben bedeuten aber auch eine Gefahr für den Absatz der sächsischen Produkte, die bisher auf der Elbe befördert wurden. Das gilt insbesondere für den Stahlverkehr mit den geringwertigen Massengütern. Man denkt an unseren sächsischen Sandstein; er würde wahrscheinlich zum Teil unrentabel werden, weil auch nur eine geringe Erhöhung der Unkosten den jetzt schon beihegenden Gewinn aufzehren würde. Die Abgabenfreiheit auf der Elbe habe zum Segen unseres Landes gewirkt. Sie entspricht dem seit der Reichsgründung bestehenden Rechtszustand, und wir wehren uns mit vollem Rechte ganz energisch gegen eine Aenderung.

Abg. Koranty (Pole): Der Entwurf ist keine Förderung des Verkehrs, sondern schädigt diesen, darum sind wir Gegner.

Abg. Stolle (Soz.): Das Gesetz hat einen agrarischen Charakter und kann nur in einem Zentralparlamente Annahme finden. Die Regierung will die Eisenbahn tarife erhöhen, darum unterbreitet sie dieses Gesetz. Der Entwurf ist das Eingeständnis des Fiasos der Reichsfinanzreform. (Burk: Au!) Denn trotz der neuen Steuern haben die Bundesstaaten kein Geld für Kulturaufgaben. Wie will das Reich die Zustimmung von Österreich und Holland gewinnen?

Abg. Dr. Junk (Ndl.): Man braucht ganz andere Material, um zur Vorlage Stellung nehmen zu können;

man sollte dem Bundesrat die Vorlage wieder zurückgeben, daß er Pläne ausarbeitet. (Heiterkeit.) Wie hat man die süddeutschen Brüder durch Versprechungen gewonnen? Aber wir Sachsen sind und bleiben Gegner dieses Entwurfs. In der Verfassungsfrage soll nun Klarheit geschaffen werden; das ist erfreulich, aber auch sonst nichts an der ganzen Vorlage. Die kleinen Schiffer haben von der Vorlage keinen Vorteil. Es ließe sich darüber reden, wenn das Reich die Abgaben erheben würde; das wäre eine großzügige Reichspolitik. Aber so verzichtet das Reich auf seine selbstständige Politik und schon darum sage ich: Vorsicht! Man bildet Strombauverbände, das heißt G. m. b. H., mit befreundeten Hoffnungen. (Heiterkeit.) Müßten die Einzelstaaten den Staatsverträgen zustimmen oder nur den erforderlichen Anleihen? Wie hoch sind die Kosten der Erhebung und wie unständlich wird dies sein? Wie der Entwurf vorliegt, ist er für uns unannehmbar. (Beifall links.)

Abg. Hanemann (Freis. Bp.): Der deutsche Reichsgedanke leidet durch den Entwurf nicht, denn dieser hat unter dem Druck der öffentlichen Meinung eine Fassung angenommen, nach der die Abgaben nicht mehr für allgemeine Zwecke verwendet werden dürfen, sondern nur für den Ausbau der Wasserstraßen. Diese Gesamtdenzenz kann fruchtbar gemacht werden für die nationalökonomische Entwicklung. Die ablehnende Haltung Badens gegen die Schiffsbarmachung des Neckars hat in Württemberg den Druck nach einer reichsgerichtlichen Regelung gezeigt. Manche Einzelheiten des Entwurfs sind noch zu verbessern, damit er ein brauchbares Gesetz werden kann. Die Tarife sind in den Gesetzen genauer zu fixieren.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Die Vertiefung des Rheines soll in erster Linie dazu dienen, um die Rheinschiffe stets in voller Fahrt halten zu können, damit sie nicht in St. Goar leichtern müßt. Die Schiffsbarmachung des Rheins liegt im Bereich der Möglichkeit. Die Schiffahrtsabgaben führen zu keiner Erhöhung der Eisenbahn tarife. Die Sozialdemokratie allein lehnt das Gesetz prinzipiell ab, obwohl Schippe den Grundgedanken für ganz unterschieden hält. Herr Junk will Vorsicht walten lassen. Die Strombauverbände sollen Werke finanzieren, die der Staat nicht bauen kann. Die Kanalisation der Mosel kann zur Zeit nicht in Frage kommen und zwar aus wirtschaftlichen Gründen.

Abg. Gerstenberger (Str.): Wenn die Vächerlichkeit töten kann, hat Junk die Vorlage zu Falle gebracht, aber er war mehr ein Karikaturenzeichner. Aber dafür ist die Sache ernst. Die Sachen vertreten hier ihre Sonderinteressen am schärfsten. Die Schiffahrtsabgaben sind prinzipiell gerechtfertigt. Die Gegner fordern Privilegien für einen einzelnen Zweig des Erwerbslebens. Wir treten für gleiche Rechte aller Erwerbstände ein. Gerade die Erhebung von Abgaben fördert eine Reihe von Kulturaufgaben und Unternehmungen. Der Verkehr wird hierdurch nicht gehemmt; eine Tonne Hobel, 20 Rentner, von Rotterdam nach Mannheim kostet 5 Pfennig, ebenso ist es mit Getreide. Ist es denn national, wenn einzelne Städte alles behalten wollen, was sie haben? Ohne die Abgaben kann man die Flüsse nicht ausbauen. Das ganze Hinter-

— 44 —

Von da an war seine Miene düster und verschlossen, während er an die Ausführung seines verbrecherischen Planes ging . . .

Buerst schloß er das Fenster und zog sorgfältig die Vorhänge vor, worauf er den Leichnam Remis gänzlich entkleidete. Dies war ein schreckliches Stück Arbeit, welche er wiederholte im Stiche lassen wollte. Drei- oder viermal meinte er, der leblose Körper wende sich ihm zu, um ihn über das, was er, Georg, für eine Profanation ansah, zur Stelle zu stellen.

Ferner war die Sache ungemein schwierig. Die Gliedmaßen waren bereits falt und steif geworden, und er mußte dem Toten die Wäsche vom Körper schneiden, da er sie anders nicht zu entfernen vermochte.

Reuchend, mit schweißbedeckter Stirne, ängstlich blgenden Augen und von Gewissensbissen gebeinigt ging er hastig zu Werke, ohne recht zu wissen was er tat. Hierbei zog sich ein Arm, der er ausstrecken mußte, um den Hembdarm herabzuziehen, plötzlich zusammen und die zurückgewandte Hand des Toten verhieß Georg einen leichten Schlag auf die Wange. Der Unglüdliche sprang erschrocken zurück und holt auf ein Haar die Flucht ergriffen.

Er erinnerte sich aber neuerdings an seine Frau und Tochter, und kehrte an sein trauriges Werk zurück, um es schließlich zu vollenden.

Nachdem er den Leichnam entkleidet hatte, legte Georg die eigenen Kleider ab und zog die seines Bruders an, worauf er diesem die soeben abgelegten Kleidungsstücke anzog.

Als dieser ebenso traurige als schwierige Kleidungswechsel vor sich gegangen, begab sich Georg vor einen Spiegel, um sich in demselben zu betrachten. In den Kleidern seines Bruders war er so genau dessen Ebenbild, daß er unwillkürlich murmelte:

"Remi!"

Dieser Anblick beruhigte ihn einigermaßen über den Ausgang seines verbrecherischen Unternehmens, und er sagte sich:

"Nun gilt es, Laurence in Kenntnis zu setzen."

7.

Einen Moment war er ratlos, dann fügte er hinzu:

"In Kenntnis zu setzen? Wobon denn? Soll ich ihr sagen, was ich gehe, und sie ohne weiteres in mein Geheimnis einweihen, oder soll ich ihr und Geneviève gegenüber ebenso die Rolle meines Bruders spielen wie allen anderen Personen gegenüber? . . . Ich muß mich wohl für das letztere entscheiden, denn ich kenne sie gut. Sie würde niemals sich dazu verstehen, mich in meinem Vorhaben zu unterstützen; in ihrer Rechtschaffenheit und Gerechtigkeitsliebe würde sie mir ihre Entrüstung keinen Moment vorenthalten. Ja, noch mehr, sie würde mich gewiß zwingen, meine verzweifelte, sorgenvolle Situation weiter zu ertragen . . ."

Was soll ich tun? . . . Und meiner Unentschlossenheit muß ich trotzdem ein Ende machen. Ich habe einen Pfad betreten, auf welchem es vorwärtszuschreiten gilt, wenn auch nicht ohne Furcht, so doch ohne Bögen. Ich werde sie also selbst vor meinem Tode in Kenntnis setzen. Erkennt sie mich, nun, so werde ich sie zu verlassen suchen, an meinem Begräbnis teilzunehmen.

Georg eilte zur Tür des Salons; doch bevor er hinausging, glaubte er ein unbestimmtes Geräusch zu vernehmen. Es schien ihm jetzt, als hätte sein Bruder einen Seufzer ausgestoßen.

"Er wird endlich zum Bewußthein erwachen," sagte er sich, zu dem Regungslosen zurückkehrend. "Ich hatte schon große Angst."

All dies hatte viel Zeit in Anspruch genommen, und es war nahe an Mitternacht. In dem ganz isoliert inmitten eines großen Gartens gelegenen kleinen Pavillon nahm sich der traurige Vorgang recht gelassenstisch aus, worüber sich Georg instinktiv klar wurde.

Während er seinen Bruder unverwandt anstarrte, vollzog sich bei diesem eine erschreckende Veränderung. Die Augen wurden vollständig gläsern, die Lippen mit jeder Sekunde dünner und farbloser, die Nasenflügel sanken ein, wodurch die Nase spitzig hervortrat, und die Daumen krümmten sich gegen das Innere der Handfläche.

Wieder erfaßte Georg das Handgelenk seines Bruders und wollte abermals dessen Namen nennen; doch war jetzt kein Zweifel mehr möglich.

"Er ist bereits ganz kalt!" sagte er sich voll Schreden.

Und ohne recht zu wissen, was er tat, drückte er das Ohr auf die Brust Remis, um zu lauschen.

Das Herz pochte nicht mehr.

Ein kleiner Spiegel, den er an die Lippen des Unglüdlichen hielt, blieb klar und ungetrübt.

"Tot! er ist tot!" rief Vargeval in höchster Verzweiflung aus. "Armer Bruder! Mein armer Remi!"

Er sank auf das Sofa zu den Füßen des Leichnams nieder, von schmerzlichen Gedanken bewegt, wobei sein Kinn fast seine Brust berührte.

Plötzlich aber fuhr er in die Höhe und hob die geballte Faust gen Himmel empor.

"Ich Unglüdlicher! Ich tausendmal Unglüdlicher!" rief er dabei aus. "Wieder bin ich es, den diese Katastrophe am schwersten beimischt. Gott! Gott! womit habe ich mich gegen dich vergangen? Er wollte mir in meiner Not zu Hilfe kommen, und nun stirbt er da plötzlich, ohne mir einen Sou gegeben zu haben. Er hat keine hundert Franken im Hause, wie er mir vorhin sagte! . . . So entgeht mir denn alles. An wen soll ich mich jetzt wenden? . . . Das Unglück hat sich an meine Ferien geheftet, es weicht nicht von mir, sondern drückt mich zu Boden, daß ich mich nicht mehr zu erheben vermöge und den Kampf aufzugeben muß . . . Besser wäre mir, tot zu sein, als ohne Unterlaß den Felsen des Sisyphus vor mir einherzumälen, der immer wieder auf mich zurückfällt . . . Remi ist tot, und mit ihm erlischt auch die Rente. Er bewohnt hier einen Pavillon, wo nicht einmal die Möbel ihm gehören, und ich besitze keinerlei Anspruch auf eine Erbschaft, die nicht einmal hinkriegen wird, um die Begegniskosten zu decken. Es ist geradezu entsetzlich, und ich bin verloren. Ich wollte, ich wäre tot . . . Tot! Und was sollte aus meiner armen Laurence und meiner frischen Geneviève werden, wenn sie aller Hilfsmittel entfloß zurückbleiben?"

Er sank wieder auf das Sofa nieder und verhartete wohl eine Viertelstunde lang völlig regungslos.

Woran mochte er denken?

Schuld und Schöne. ■

